

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES  
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 26

DIENSTAG, DEN 5. APRIL

2016

## Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzungen der Bürgerschaft.....	641	Öffentliche Zustellung.....	641
Öffentliche Zustellung.....	641	Widmung der Wegefläche Burgstraße.....	642
Öffentliche Zustellung.....	641		

## BEKANTMACHUNGEN

### Sitzungen der Bürgerschaft

Die nächsten Sitzungen der Bürgerschaft finden am Mittwoch, dem 13. April 2016, um 15.00 Uhr und am Donnerstag, dem 14. April 2016, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 5. April 2016

**Die Bürgerschaftskanzlei**

Amtl. Anz. S. 641

### Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Mohamed Gnandi, zuletzt bekannte Anschrift: Diagonalstraße 78, 20537 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 15. April 2016 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 211, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 29. April 2016 als bewirkt.

Hamburg, den 16. März 2016

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 641

### Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Muhammed Yildirim, zuletzt bekannte Anschrift: Wilhelmsburger Straße 78, 20539 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 15. April 2016 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 223, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 29. April 2016 als bewirkt.

Hamburg, den 16. März 2016

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 641

### Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Yücel Yoldas, zuletzt bekannte Anschrift: unbekannt, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 15. April 2016 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schrei-

ben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 223, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 29. April 2016 als bewirkt.

Hamburg, den 16. März 2016

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 641

---

### Widmung der Wegefläche Burgstraße

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (Hmb-

GVBl. S. 41) mit Änderungen werden die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Hamm Geest, belegenen Straßenverbreiterungsflächen Burgstraße (Flurstücke 1884, 1878 und 1880) mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Raum 128, 129, Klosterwall 8, 20095 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 21. März 2016

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 642

# ANZEIGENTEIL

## Behördliche Mitteilungen

### Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

#### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**  
 Offizielle Bezeichnung:  
 Freie und Hansestadt Hamburg,  
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer  
 Postanschrift:  
 Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,  
 Deutschland  
 Kontaktstelle(n):  
<http://root.deutsche-evergabe.de/Portal>  
 Weitere Auskünfte erteilen:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen  
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
 siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
 Planung von Straßen
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Der Auftrag betrifft Planungsleistungen für das folgende Straßenbauprojekt: Projekt 12059 – Sander Damm/Lohbrügger Markt/Am Beckerkamp/Habermannstraße/Binnenfeldredder: Diese Hauptverkehrsstraßen, die einen zusammenhängenden Straßenzug bilden, sind im Stadtteil Lohbrügge eine bedeutende Verbindung zwischen der Stadt Reinbek in Schleswig-Holstein und der Bergedorfer Straße/B 5. Der Straßenzug ist eine direkte Verlängerung der K 80 in Reinbek/Glinde zur B 5 im Bezirk Bergedorf. Die Straßen Sander Damm/Lohbrügger Markt/Am Beckerkamp/Habermannstraße besitzen zwei Fahrstreifen je Richtung mit zusätzlichen Abbiegefahrstreifen an den Einmündungen. Der Binnenfeldredder ist insgesamt zweistreifig. Die Nebenflächen beinhalten Gehwege, Radwege und Baumpflanzungen. Insbesondere die Radwege sind baulich schadhafte und unterdimensioniert und entsprechen nicht mehr den Vorgaben der aktuellen Regelwerke und den funktionalen Anforderungen. Auch die Fahrbahnen weisen streckenweise erhebliche Schäden auf. Die Länge der zu überplanenden Strecke beträgt ca. 2,5 km. Auf der Strecke befinden sich fünf Einmündungen/Kreuzungen mit Lichtsignalanlagen. Ziel der Überplanung ist die Überprüfung der Straßenquerschnitte, die Errichtung von regelkonformen Radverkehrsanlagen und Gehwege, die Optimierung der Lichtsignalanlagen sowie die Sanierung und Ertüchtigung von Gehwegen und Fahrbahnen. Der Auftrag umfasst die HOAI-Leistungsphasen 1-6 sowie besondere Leistungen.

#### ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:  
 Sander Damm/Lohbrügger Markt/Am Beckerkamp/Habermannstraße/Binnenfeldredder, B 5 bis Landesgrenze.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:  
 Dienstleistungen  
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.  
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg  
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71322500  
 Ergänzende Gegenstände 71322000

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): nein

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung  
 Laufzeit: 18 Monate ab Auftragsvergabe.

### ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

#### III.1) Bedingungen für den Auftrag

- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bei einer Bietergemeinschaft ist die Nennung aller Mitglieder und eines Gesamtbevollmächtigten erforderlich, der in Vertretung auf Rechnung aller handeln kann. Die Bietergemeinschaft haftet gesamtschuldnerisch. Die Integritätsklärung muss von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abgegeben werden. Die gemäß III.2.2) Nr. 1 geforderte Berufshaftpflichtversicherung muss für alle Mitglieder bestehen. Die übrigen Erklärungen werden gemeinschaftlich abgegeben.

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

#### III.2) Teilnahmebedingungen

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Teilnahmeantrag ist auf dem Formular des Auftraggebers einzureichen. Es ist abrufbar unter <http://root.deutsche-evergabe.de/Portal>. Das Formular enthält Vorlagen für alle erforderlichen Erklärungen, darunter die Integritätsklärung sowie die Erklärung gemäß III.2.2. und III.2.3. Teilnahmeanträge sind in einem verschlossenen Umschlag adressiert an die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, RV/ZVA, Zimmer E 01.421, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, mit dem Vermerk „Vergabeunterlagen Luruper Hauptstraße/Bitte nicht öffnen!“ einzureichen.

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1) Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung (Personenschäden mindestens 1.000.000,- Euro, sonstige Schäden mindestens 500.000,- Euro).

2) Nachweis über den kumulierten Umsatz des Bewerbers in den Jahren 2013, 2014, 2015 (erforderlich sind mindestens 800.000,- Euro insgesamt).

(Wertung: max. 5 Punkte; je nach Umsatz werden die entsprechenden Punkte vergeben.

< 0,8 Mio. Euro = 0 Punkte

≥ 0,8 Mio. Euro = 1 Punkt

> 1,2 Mio. Euro = 2 Punkte

> 1,6 Mio. Euro = 3 Punkte

> 2,0 Mio. Euro = 4 Punkte

> 2,4 Mio. Euro = 5 Punkte)

3. Eigenerklärung über den kumulierten Umsatz des Bewerbers an vergleichbaren Leistungen in den Jahren 2013, 2014, 2015. Erforderlich sind mindestens 400.000,00 Euro. Vergleichbare Leistungen sind Planungsleistungen der LP 2-6 an Straßen des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzes, jedoch keine Bundesautobahnen. Es müssen alle HOAILeistungsphasen 2 bis 6 Leistungen erbracht worden sein.

(Wertung: max. 5 Punkte; je nach Umsatz werden die entsprechenden Punkte vergeben

< 0,4 Mio. Euro = 0 Punkte

≥ 0,4 Mio. Euro = 1 Punkt

> 0,6 Mio. Euro = 2 Punkte

> 0,8 Mio. Euro = 3 Punkte

> 1,0 Mio. Euro = 4 Punkte

> 1,2 Mio. Euro = 5 Punkte)

#### III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

1) Anzahl der Ingenieure, die in den Jahren 2013, 2014 und 2015 durchgehend an ähnlichen Planungsvorhaben gearbeitet haben. Ähnliche Planungsvorhaben zeichnen sich wie folgt aus:

– Bauvolumen > 1,0 Mio. Euro

– Planungen min. der Lph. 2-6 an Straßen des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzes, jedoch keine Bundesautobahnen.

– Leitungstraßenplanung

(Wertung: max. 10 Punkte; Je nach Anzahl der Mitarbeiter werden die entsprechenden Punkte vergeben)

< 2 Mitarbeiter = 0 Punkte

mind. 2 Mitarbeiter = 2 Punkte

mind. 3 Mitarbeiter = 4 Punkte

mind. 4 Mitarbeiter = 6 Punkte

mind. 5 Mitarbeiter = 8 Punkte

> 5 Mitarbeiter = 10 Punkte

2) Nennung der Mitarbeiter mit

– Namen

– Qualifikation

– Beschreibung der bearbeiteten Projekte/Planungsinhalt

– Bearbeitete Leistungsbilder sowie Leistungsphasen

3. Referenzprojekte der letzten fünf Geschäftsjahre (2011, 2012, 2013, 2014, 2015) die zwischenzeitlich abgeschlossen wurden. Zwingend erforderliche Aspekte:

Planung an Straßen des innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzes, jedoch keine Bundesautobahnen.

Nennung der Referenzprojekte mit

– Projektbezeichnung

– Auftraggeber mit Ansprechpartner und Tel.-Nummer

– Bausumme

- Bearbeitete Leistungsphasen
- Bearbeitete Leistungsbilder
- Darlegung des zeitlichen Ablaufes des Planungsprozesses mit Angabe von Planungsbeginn und Planungsende  
(Wertung: max. 20 Punkte; je Referenzprojekt und gefordertem Kriterium 5 Punkte  
Bausumme > 1 Mio. Euro = 5 Punkte  
Bearbeitung Lph. 2 bis 6 und LeitungsstraÙeplanung = 5 Punkte  
Erstellung Bauablaufkonzept mit Bauphasenplänen = 5 Punkte  
Koordination der Leitungslegungen während der Bauzeit = 5 Punkte)
- 4) Eigenerklärung zur Qualifikation der Fachkräfte des Auftragnehmers gemäß III.3.1).
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:  
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:  
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren  
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:  
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5  
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:  
Der Auftraggeber bildet eine Rangliste auf der Grundlage der angegebenen Punkteverteilung für die unter Ziffer 3.2.2 und 3.2.3 vorgesehenen Eignungskriterien. Die Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zur Angebotsabgabe aufgefordert (min. 3, max. 5 Bewerber).
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:  
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote : nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:  
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion  
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
ÖT K5 151/16
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung  
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –  
Kostenpflichtige Unterlagen: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:  
11. Mai 2016, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können  
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

**ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**  
Die Vergabeunterlagen sind abrufbar unter:  
<http://root.deutsche-evergabe.de/Portal>
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer der  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
Postanschrift:  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland  
Telefon: +49/40/4 28 40 - 24 41  
Telefax: +49/40/4 27 31 - 04 99  
E-Mail: [vergabekammer@bsw.hamburg.de](mailto:vergabekammer@bsw.hamburg.de)
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheit der Unternehmen/Bewerber/Bieter sowie auf die Präklusionsregelung gemäß § 107 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestim-

mungen über das Vergabeverfahren hin. § 107 Abs. 3 S. 1 GWB lautet: Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, 2. Verstöße gegenüber Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewertung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101 b Abs. 1 Nr. 2 § 101 a Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland

Telefon: +49/40/42840-2441

Telefax: +49/40/42731-0499

E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
15. März 2016

#### ANHANG A

##### SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen:** –

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland

Kontaktstelle:

Zu Händen von RB/ZVA, Zimmer E 01.421

Hamburg, den 15. März 2016

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen** 274

#### Öffentliche Ausschreibung

**Vergabenummer: 16 A 0113**

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Telefon: + 49(0)40/42842-200,  
Telefax: + 49(0)40/42792-1200  
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **16 A 0113**

**Erneuerung NSHV und Sicherheitsbeleuchtung**

62682 B 2015 TM 00001

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrages:

**Ausführen von Bauleistungen**

e) Ort der Ausführung:

Bildungs- und Wissenschaftszentrum Haus A, Baumacker 3a, 22523 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Lieferung und Montage einer NSHV Schaltanlage mit 7 Feldern

Lieferung und Montage einer provisorischen NSHV mit 4 Feldern

Lieferung und Montage einer Sicherheitsbeleuchtung über 5 Stockwerke mit 174 Si-Leuchten

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfristen:

Beginn der Ausführung: 9. Mai 2016

Fertigstellung: 19. August 2016

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle@bba.hamburg.de

Bewerbungsschluss: 14. April 2016

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 8,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 16 A 0113

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:  
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:  
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:  
29. April 2016, 10.00 Uhr  
Ort: siehe Buchstabe a)  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:  
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß §6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 27. Mai 2016
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:  
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:

**Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de**

Hamburg, den 30. März 2016

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
– Bundesbauabteilung –**

275

## Auftragsbekanntmachung

### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

#### I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,  
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,  
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,  
Ausschreibungsmanagement VOB U 42  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Einkauf/Vergabe

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/  
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
die oben genannten Kontaktstellen

#### I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

#### I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

### ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

#### II.1) Beschreibung

##### II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Umbau und Sanierung einer dreigeschossigen Berufsschule mit labortechnischem Schwerpunkt in Hamburg im Billwerder Billdeich 614 – Estrich, Abbruch, Bodenbelag, erw. Rohbau.

##### II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Baufauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Billwerder Billdeich 614, 22113 Hamburg

NUTS-Code: DE600

##### II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

- Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:  
Bei der Baumaßnahme handelt es sich um eine energetische und brandschutztechnische Umbau- und Sanierungsmaßnahme der G13, Gewerbeschule für Chemie, Pharmazie, Agrarwirtschaft als Teil des Berufsschulzentrums in Bergedorf. Die Schule befindet sich am Billwerder Billdeich 614 in Hamburg-Bergedorf. Sie wurde 1978 im Norden des Berufsschulzentrums errichtet. Die BGF des Gebäudes beträgt ca. 17.200 m<sup>2</sup>. Die Baustelle ist über den Billwerder Billdeich unabhängig vom Schulbetrieb anfahrbar. Der Umbau und die Sanierung werden in 6 Bauabschnitten realisiert. Die Realisierung findet bei laufendem Schulbetrieb statt. Sonn- und Nachtarbeit sind mit eingeplant.  
Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich Juli 2016 bis Juni 2018.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)  
Hauptgegenstand: 45214220
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose  
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja  
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert für alle Lose ca. 1.209.000,- Euro (netto).  
Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.209.000,- Euro.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:  
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:  
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:  
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),  
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),  
– Umsätze aus den drei Jahren 2013, 2014 und 2015,  
und  
– gültige Freistellungsbescheinigung.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:  
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:  
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen



- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion  
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
SBH VOB EU 042-16 S
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:  
Ja  
Vorinformation  
Bekanntmachungsnummer im ABI:  
2016/S 006-006092 vom 9. Januar 2016
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:  
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 2. Mai 2016, 10.00 Uhr.  
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja  
Preis: 10,- Euro  
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.  
Empfänger:  
Landesbetrieb Schulbau Hamburg  
IBAN: DE 25200000000020101529  
BIC: MARKDEF1200  
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg  
Verwendungszweck: 7005851,  
SBH VOB EU 042-16 S  
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend die Ausschreibung an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:  
3. Mai 2016, 10.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:  
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:  
Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
Tag: 3. Mai 2016, 10.00 Uhr  
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 006  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**  
Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:  
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>  
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.  
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/  
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/  
Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer der Behörde  
für Stadtentwicklung und Wohnen  
Postanschrift:  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland  
Telefax: +49/040/42840-2039
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.  
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:  
 Offizielle Bezeichnung:  
 SBH | Schulbau Hamburg,  
 Rechtsabteilung U 1,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Deutschland  
 Telefax: +49/040/42731-0143  
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
 23. März 2016  
 Hamburg, den 23. März 2016  
**Die Finanzbehörde** 276

### Auftragsbekanntmachung

## ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**  
 Offizielle Bezeichnung:  
 Freie und Hansestadt Hamburg,  
 FB SBH | Schulbau Hamburg  
 Postanschrift:  
 Freie und Hansestadt Hamburg,  
 FB SBH | Schulbau Hamburg,  
 U 40, Einkauf/Vergabe,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Deutschland  
 Kontaktstelle(n):  
 Telefax: +49/040/42731-0143  
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de  
 Internet-Adresse(n):  
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/  
 des Auftraggebers:  
<http://www.hamburg.de/schulbau/>  
 Weitere Auskünfte erteilen:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen  
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

## ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

- Neubau mit Umbau der STS Stellungen am Standort Brehmweg 60, Hamburg – Objektplanung gem. § 34 HOAI mit Lösungsskizze.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:  
 Dienstleistungen  
 Dienstleistungskategorie Nr: 12  
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg  
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):  
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:  
 Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die ca. 350 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. m<sup>2</sup> und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m<sup>2</sup>.  
 In dieser Tätigkeit wurde SBH von der BSB mit dem Zubau und Umbau an der STS Stellungen am Standort Brehmweg 60 in Hamburg beauftragt.  
 Die STS Stellungen liegt mit ihrem Standort der Klassen 5-10 zentrumsnah in Hamburg im Bezirk Eimsbüttel. Der 2. Standort Sportplatzring mit den Klassenstufen 11-13 liegt ca. 2 km weiter nördlich in Stellingen. Im Zuge der geplanten Neubaumaßnahme mit einer HNF von 1.800 m<sup>2</sup> sollen die beiden Standorte am Standort Brehmweg 60 zusammengeführt werden.  
 Das Schulgelände am Brehmweg ist geprägt von Solitärbauten, die auf einem großzügigen Schulcampus mit umfangreichem Baumbestand angeordnet sind.  
 Auf dem ca. 55.914 m<sup>2</sup> große Grundstück befindet sich die Stadtteilschule zusammen mit der Grundschule und anteiligen Sport- und Grünanlagen.  
 Der Gebäudebestand, welcher überwiegend 1969/1970 errichtet wurde, umfasst für die STS Fach- und Klassengebäude, eine 3-Feldhalle und einen Pausenhallen- und Verwaltungstrakt. Ende 2015 wurde dieser Bestand ergänzt mit zwei Neubauprojekten einer 2-Feldhalle und einer Mensa mit Vorplatz und einer neuen Eingangssituation. Ein leerstehendes Einzelgebäude („Wabengebäude“) wird noch abgerissen.

Ziel des Neubaus ist ein Klassenhaus mit 21 Klassen und zusätzlichen Koordinationsbüros und Gemeinschaftsfläche zu schaffen. Dabei sollen nutzbare Flurbereiche durch Kompartments ermöglicht werden. Bei dem geplanten Umbau handelt es sich um Umstrukturierungen im Bestand mit dem Umbau der ehem. Bibliothek und dem Umbau von Lehrerarbeitsplätze in der Verwaltung (Haus 1). Desweiteren sollen zwei Fachräume im Haus 02 unter Verwendung der Ausstattung aus den Fachräumen Sportplatzring umgebaut werden.

Im H-Gebäude (Haus 03) soll die Trennung in zwei Gebäudeteile aufgehoben und Jahrgangsebenen mind. 7 Klasse je Ebene und Differenzierungszonen und Jahrgangs-Koordinationsbüros ermöglicht werden. Die Schaffung eines Umlaufes z.B. durch im Innenhof vorgebauten Verbindungsflur wird dafür notwendig. Die Umsetzung von Zubau und Umbau soll komprimiert im laufenden Betrieb erfolgen. Es sind im Bestand Bauabschnitte grundsätzlich denkbar, allerdings in Abhängigkeit von der Raumorganisation zur Gewährleistung des Unterrichtes. Die organisatorischen Abhängigkeiten müssen mit dem Schulbetrieb in Einklang gebracht werden. Maßgeblich müssen jedoch Baustelleneinrichtung und Verkehrsführung auf dem gesamten Schulgelände berücksichtigt werden.

Das Investitionsvolumen (Sollkosten) für den Zubau beträgt 5,65 Mio. Euro brutto. Der Anteil der KG 300 hierin beträgt ca. 3,37 Mio. Euro, der Anteil der KG 400 beträgt ca. 0,9 Mio. Euro brutto.

Hinzu kommen Umbaukosten für Umstrukturierungen im Bestand sowie Mehraufwendungen im Zusammenhang mit Gründungsmaßnahmen. Der Betrag ist als Kostenobergrenze zu verstehen und wird Bestandteil des Vertrages.

Baubeginn: November 2017

Baufertigstellung: Mai 2019

Planung und Ausführung werden in engem Kontakt mit der Schulleitung und durch den AG SBH abgestimmt. Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 2 Objektplanung gem. § 34 HOAI
- Leistungsphase 3-8 Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen)
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.

Im Rahmen des Verhandlungsverfahrens sollen die ausgewählten Bieter gem. § 20 (3) VOF eine Lösungsskizze erstellen. Die geforderten Leistungen im Verfahren bestehen aus einer Studie zur Figurierung und Positionierung des Baukörpers sowie einer Aussage zur Ensemblebildung unter Berücksichtigung der Bestandsgebäude.

Im Rahmen der Gesamtentwicklung der Stadteilschule Stellingen waren folgende Büros mit Planungsleistungen beauftragt, die planerische Leistungen im Zusammenhang mit dem gegenständlichen Verfahren zumindest teilweise

umfassen: ABJ. Planungsgesellschaft mbH (vormals Architekturbüro JEDRKOWIAK) mit Leistungen der Objektplanung gem. § 34 HOAI, GEBÄUDETECHNIK SCHEFFS GMBH (GmbH i. Gr.) mit Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI und HOAI KTC – INGENIEURGESELLSCHAFT mbH & Co. KG mit Leistungen der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI. Die Dokumentationsunterlagen der erbrachten Leistungen werden den Bieterinnen (mind. teilweise) im Rahmen der Angebotsphase zur Verfügung gestellt werden. Die vorgenannten Büros sind von der Teilnahme an dem gegenständlichen Verfahren nicht ausgeschlossen.

Die Leistungen der Projektsteuerung in o.g. Verfahren werden durch das Büro reichardt architekten erbracht. Das vorgenannte Büro ist von der Teilnahme an dem gegenständlichen Verfahren in jeglicher Form ausgeschlossen.

Ggf. werden Vertreter des beauftragten PS und ggf. Vertreter aus behördlichem Kontext (z.B. Schulleitung) in beratender Funktion an dem Auswahlverfahren bzw. den Vergabeverhandlungen teilnehmen. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch die WSP Deutschland AG, Niederlassung Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)  
Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen für die Leistungen für die Objektplanung auf ca. 544.785,39 Euro mit Berücksichtigung eines Umbauzuschlags und der Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.  
Geschätzter Wert ohne MwSt: 544.785,39,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja
- Leistungsphasen 3-8 Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
  - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**  
Laufzeit: 30 Monate ab Auftragsvergabe

### ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

#### III.1) Bedingungen für den Auftrag

##### III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht: Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Die Auftraggeberin erklärt die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen zum Gegenstand der Verhandlungen im weiteren Verfahren. In diesem Zusammenhang erklärt der/die Bewerber/in insofern ihre bzw. seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend).

##### III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

##### III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

##### III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der jeweilige Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

#### III.2) Teilnahmebedingungen

##### III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck);
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 5 Abs. 1 HambMinLohnG (Vordruck);
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;
- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen gem. § 34 HOAI (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben;

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften

des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden.

Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der Email-Adresse vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden sowohl in Teilnahme- als auch in Angebotsphase nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

Die Bewerbung ist separat in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen.

Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

### III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Ein aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden; jeweils 2-fach maximiert).

Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 500.000,- Euro (netto) erreichen.

(B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2012, 2013, 2014). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 500.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

### III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers der für die Leistung vorgesehenen Personen: Architekt/in für die Leistung Objektplanung gem. § 19 (1) VOF.

(B) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI.

Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 01.01.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein.

Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276), Angabe der bearbeiteten Nettogrundfläche (NGF gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

(C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2013, 2014, 2015).

Im Bereich Objektplanung gem. § 34 HOAI sind mind. 5 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI mind. 5 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH) im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen. Bietergemeinschaften und Bewerber mit Unterauftragnehmern können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

### III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

### III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

#### III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 (1) VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangem Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

#### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

##### IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formalen Kriterien und Mindestanforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand von zwei Referenzen für den Leistungsbereich der Objektplanung gem. §34 HOAI jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-4 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), Qualität (0-4 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (0-1 Punkt). Insgesamt können mit beiden Referenzen zusammen maximal 28 Punkte und damit 14 Punkte pro Referenz erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

##### IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Lösungskonzept	20 %
3. Qualität	15 %
4. Kundendienst	10 %
5. Ausführungszeitraum	10 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

##### IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOF 010-16 PP

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:

26. April 2016, 14.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

27. April 2016, 14.00 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>  
Informationen bzw. Ausschreibungsunterlagen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden die Angebotsaufforderungen nebst Anlagen postalisch versandt.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:

Versendung der Angebotsaufforderung vorr. 21. KW 2016; Einreichung der Honorarangebote

vorr. 24. KW 2016; Verhandlungsgespräche vorr. 26. KW 2016.

Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

Die zu schließenden Verträge unterliegen dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/  
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/  
Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde  
für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland

Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt  
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf

Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von  
Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,  
Rechtsabteilung U 1,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

24. März 2016

Hamburg, den 24. März 2016

**Die Finanzbehörde**

## Sonstige Mitteilungen

### Teilnahmewettbewerb der Hamburger Wasserwerke GmbH

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

Aufruf zum Teilnahmewettbewerb für ein Nicht Offenes Verfahren siehe Bekanntmachung der EU: 2016/S 061-105005 vom 26. März 2016.

Rahmenvertrag Verkehrssicherungsleistungen der HWW und der HSE, Laufzeit 2016 bis 2018.

Durchführung von Verkehrssicherungsmaßnahmen. Das Einsatzgebiet umfasst das gesamte Versorgungsgebiet von HAMBURG WASSER (Hamburger Wasserwerke GmbH und Hamburger Stadtentwässerung AöR). Einrichtungen von Absperrungen/Beschilderungen im Straßenraum für Baustellen von HAMBURG WASSER. Der AN hat die zu vereinbarenden Leistungen, 24-Stunden an jedem Tag der Woche, auch an Feiertagen, mit einer Vorlaufzeit von maximal 2 Stunden im Rohrbruchfall o. ä. zu erbringen.

Teilnahmebedingungen:

Nachweis über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Gegenstand der geplanten Vergabe ist. Nachweis der Qualifikation entsprechend dem Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnis zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS 99, oder gleichwertig). Die Sicherstellung der 24-Stunden Bereitschaft ist nachzuweisen. Nachweis von Referenzen vergleichbarer Leistungen. Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit stellt HAMBURG WASSER ein vorgefertigtes Formular zur Verfügung, das zwingend benutzt werden muss. Das Formular kann heruntergeladen werden: <http://www.hamburgwasser.de/ausschreibungen.515.html> oder bei der in der EU-Bekanntmachung unter I.1 genannten Adresse abgefordert werden.

Hiermit wird zu einem Teilnahmewettbewerb aufgerufen. Es sind Unterlagen gemäß der in der EU-Veröffentlichung unter Nr. III.2 genannten Auflistung einzureichen. Die Versendung der Ausschreibungsunterlagen erfolgt sofort nach der Auswertung der Teilnahmeanträge. Im Nicht Offenen Verfahren ist ein gemittelter Zu/Abschlag auf die im Leistungsverzeichnis vorgegebenen Einheitspreise abzugeben. Der Rahmenvertrag soll mit dem wirtschaftlichsten Anbieter abgeschlossen werden. Darüber hinaus ist geplant, dem zweitplatzierten Bieter eine Rahmenvereinbarung zu den Preisen des Mindestfordernden anzubieten.

Einreichtermin: 24. April 2016 um 23.59 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, bei der Hamburger Stadt-

entwässerung Submissionstelle, Zimmer B.2.019 Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg.

Hamburg, den 30. März 2016

**Hamburger Wasserwerke GmbH**

278

### Verhandlungsverfahren

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOF EU 001-16 DK**

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Neubau MIN-Forum Küche der Universität Hamburg, Technische Ausrüstung – Anlagengruppe 7 – Teil Küchentechnik gem. § 55 HOAI.

Dienstleistungsauftrag: Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 3 (Teilleistungen), und 4 gem. § 55 HOAI, Technische Ausrüstung, Anlagengruppe 7 gem. § 53 (2) HOAI, Teil Küchentechnik (KG 471).
- Leistungsphasen 5 bis 8 gem. § 55 HOAI, Technische Ausrüstung, Anlagengruppe 7 gem. § 53 (2) HOAI, Teil Küchentechnik (KG 471) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Die Leistungen der LPH 1, 2 sowie Teilleistungen der LPH Auftragswert ohne MwSt: Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 480.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 60 Monate

Schlussstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 22. April 2016, 14.00 Uhr

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

Telefax: 040/42731-0143

E-Mail: [Einkauf@gmh.hamburg.de](mailto:Einkauf@gmh.hamburg.de).

Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:

[www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html](http://www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html)

Hamburg, den 23. März 2016

**GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH**

279